
Jens Dobler

Nicht nur Verfolgung – auch Erfolge.

Zusammenarbeit zwischen Schwulenbewegung und Polizei in der Kaiserzeit und der Weimarer Republik

Im Jahr 1890 nahm der zu dieser Zeit in Berlin weilende schwedische Schriftsteller August Strindberg an einem „Uringball“ teil. In seinem autobiographischen Roman „Kloster“ schildert er dieses Ereignis:

„(...) war er als Zuschauer auf einem ‘Wiener Ball’ gewesen, eingeladen von einem Polizeileutnant, zusammen mit einem Konsulatssekretär und einem Arzt. Es war das abscheulichste, was er je gesehen hatte. Die perversen Typen der Hauptstadt hatten nämlich um der besseren Kontrolle Willen die Erlaubnis bekommen, einen Kostümball zu veranstalten“.

Strindberg überschlägt sich in Abscheu, kann dem nichts Gutes abgewinnen:

„Ein Pandämonium, die siebte Abteilung der Hölle, Unselige, Unglückliche, Seelenkranke. Sie werden wie Verbrecher behandelt. Der Leutnant duzt sie und ruft die interessantesten an den Tisch heran, darnt der Schriftsteller sie betrachtet!“

Der Schriftsteller beobachtet den ganzen Abend lang dieses Treiben und zieht seine verächtlichen Schlüsse:

„Als sie diese Hölle verließen, blieb ihm der Eindruck von etwas Unerklärlichem, das weder die Pathologie noch die Psychiatrie deuten können; das Unheimliche lag für ihn darin, daß alles so ernst und so anständig war!“¹

Diese Schilderung ist nicht deswegen ausgewählt, weil uns die Antihomosexualität Strindbergs interessieren würde, sondern wegen der nebenbei erwähnten Fakten. Sieben Jahre vor der Gründung des Wissenschaftlich-humanitären Komitees, der ersten politischen Schwulenorganisation der Welt, durch Magnus Hirschfeld, wird in Berlin ein Ball für Homosexuelle veranstaltet. Die Polizei erlaubt ihn, angeblich um dadurch die Homosexuellen besser unter Kontrolle zu halten und schickt einen Polizeileutnant zum Aufpassen hin, der sich so gut in dieser Szene auskennt, daß er einige der Gäste duzt. Strindberg ist das alles unheimlich, nicht weil er Sodom und Gomorra vorfindet, sondern weil alles „so ernst und so anständig war“.

1 A. Strindberg, Kloster/Einsam, Hamburg und Düsseldorf 1967, S. 13f.

Aus verschiedenen Quellen über das alte Berliner Nachtleben geht hervor, daß derartige Bälle regelmäßig und öffentlich stattgefunden haben. Otto berichtet schon 1886:

„Ja sie veranstalten komplette Bälle in festlich geschmückten Sälen mit einem großen Musikkorps, auf denen die Hälfte in Männerkleidern, die andere Hälfte, namentlich die Bartlosen unter ihnen, in eleganter Damentoilette erscheinen.“²

Aber auch hier geht es völlig gesittet zu, die Bälle sind bei der Polizei angemeldet, sie überwacht sie – aber erlaubt sie. „Ob sie [die Polizei, Anm. J. D.] wohl daran tuht“, so Otto weiter „mag dahingestellt bleiben. Ein Grund, die Bälle zu verbieten, ließe sich wohl schon finden“. Sie wurden aber nicht verboten. Weder 1886, wie uns Otto berichtet, noch 1890, als Strindberg einem Ball beiwohnte, nicht 1895 wie der Autor Konstantin Grell, der ebenfalls in Begleitung eines Kriminalkommissars auf einer solchen Veranstaltung weilte, mitteilt,³ und auch 1899 nicht, wie aus einem Bericht der *Berliner Morgenpost* hervorgeht:

„Die Lokalitäten sind fast überfüllt (...) Soeben tritt ein neuer Ballbesucher ein (...) einzelne der älteren Herren umarmen sogar den hübschen jungen Mann, der mit der Bescheidenheit eines Backfisches die Liebkosungen jener duldet (...) Sie wiegen sich graziös in den Hüften, spenden nach rechts und links kokette Blicke und fächern sich, vom Tanze ermüdet, mit dem Spitzentaschentuch Luft zu (...). Während sich die Paare in den Nebensälen verlieren, um zu flirten (...). Auch in einem Lokale in der Webersstraße finden ähnliche Vergnügungen statt, auf die natürlich die Kriminalpolizei ein recht scharfes und wachsameres Auge hat.“⁴

Manche schwule Geschichtsschreibung erweckt den Eindruck, Schwule in der Kaiserzeit und Weimarer Republik hätten unendlich unter polizeilicher Willkür, dem Diktat des § 175 und diverser staatlicher Repression gelitten. Wie ist es aber zu erklären, daß jahrzehntelang hunderte, vielleicht tausende Homosexuelle unter den Augen der Polizei öffentlich feierten? Selbst in heutiger Zeit würde die *Berliner Morgenpost* keinen ähnlich positiven, dem Thema angemessenen, leicht frivolen Artikel drucken. Irgend etwas an der heutigen Geschichtsdarstellung ist falsch. Ich will aufzeigen, daß es neben der Verfolgungsgeschichte der Homosexuellen bis 1932 auch eine Kooperationsgeschichte zwischen der Homosexuellenbewegung und dem Staat und seiner Polizei zu schreiben gibt. Dies ist wichtig, um der Sichtweise von Ohnmacht und Opfertum entgegenzuhalten, daß Homosexuelle damals durchaus in der Lage waren, ihre Situation positiv zu verändern, sie

2 Anonym [d. i. Otto], *Die Verbrecherwelt von Berlin*, Berlin und Leipzig 1886, S. 175.

3 K. Grell, *Männliche Prostitution*, in: *Die Kritik* (K. Schmidt, Hg.), 2. Jg., Bd. 3, Nr. 30 vom 27.4.1895, S. 785ff.

4 *Berliner Morgenpost*, 17.10.1899.

waren aktiv Handelnde. Dies wurde von den Polizeibehörden so erkannt und anerkannt.

1905 beschließt das Wissenschaftlich-humanitäre Komitee (WhK) die Herausgabe einer speziellen Broschüre für Polizeibeamte:

„Es käme darauf an, durch eine Broschüre (...) Aufklärung unter die Polizei zu bringen und die richtigen Mittel und Wege zu finden, sie der Belehrung zugänglich zu machen.“⁵

Das WhK stand damals schon in engem Kontakt mit dem Berliner Polizeipräsidium. Bereits 1897, kurz nach der Gründung, nahm man Kontakt zu Polizeiinspektor Leopold von Meerscheidt-Hüllessem auf, der eine Beraterfunktion in Erpressungsfällen an Homosexuelle einnahm. Hirschfeld nennt ihn den „Dezernenten für homosexuelle Angelegenheiten“⁶; das erinnert doch stark an heutige Bezeichnungen wie der „Ansprech-partner für homosexuelle Lebensweisen bei der Polizei“, und im Grunde war er auch nichts anderes.

Daß die Wahl auf Meerscheidt-Hüllessem fiel, war zu dieser Zeit längst kein Zufall mehr. Er hatte bereits mit dem Arzt und Sexualforscher Albert Moll (1862–1939) zusammengearbeitet und war befreundet mit Adolf Glaser (1829–1916), dem Chefredakteur der *Westermanns Monatshefte*. Glaser war homosexuell und ein wichtiger Unterstützter des WhK, trat aber in der Öffentlichkeit nie als Homosexueller auf.

Meerscheidt-Hüllessem leitete in der Berliner Kriminalpolizei das Homosexuellen- und Erpresserdezernat. Diese Verbindung zwischen Erpresser- und Homosexuellendezernat unter einer Inspektion bot sich angesichts der hohen Erpressungsraten an. Hirschfeld lobt 1922 in einem Rückblick diese Verbindung,

„die bis zum heutigen Tage fort dauert und sich als höchst praktisch bewährt hat. Besonders hat sich diese gemeinsame Bearbeitung beider Kategorien für die kriminalistische Beurteilung der Homosexualität als äußerst segensreich erwiesen. Indem nämlich die Leiter der Abteilungen und ihre Unterbeamten berufsmäßig die Erpresser und ihre homosexuellen Opfer kennenlernten und mit ihnen zugleich auch das Milieu und die Kreise, aus denen sie stammten, mußte sich unwillkürlich allmählich auch dem voreingenommensten Mitglied der 'Päderasten-patrouille' der Unterschied zwischen wahren und eingeblendetem Verbrechen aufdrängen.“⁷

Für die Überwachung der Homosexuellen in der Kaiserzeit und in der Weimarer Republik waren unterschiedliche polizeiliche Organe zuständig. Die klassische Sittenpolizei war in Preußen nur für die Überwachung der Prostitution und nicht für die Homosexuellen (anders war dies z. B. in

5 Monatsberichte des WhK: Nr. 10, 1. 10. 1905; u. Nr. 11, 1. 11. 1905. (Ob die Broschüre jemals realisiert wurde, ist unklar).

6 M. Hirschfeld, *Die Homosexualität des Mannes und des Weibes*, Berlin ²1920, S. 1002.

7 Ders., *Von einst bis jetzt*, Berlin 1986, S. 23f.

Sachsen) zuständig. Die männlichen Stricher, sofern sie nicht unter 14 Jahren waren, fielen aber in ihren Zuständigkeitsbereich. Die Gesundheitspolizei arbeitete mit der „Sitte“ Hand in Hand; sie war für die amtsärztlichen Untersuchungen zur Verhinderung und Verbreitung von Geschlechtskrankheiten zuständig. Die Theaterpolizei konnte homosexuelle Theaterstücke und Filme zensieren, die Politische Polizei in der Kaiserzeit war für die Überwachung der „Schmutz- und Schundliteratur“ und der „unzüchtigen Schriften, Abbildungen und Darstellungen“ zuständig. Nach 1910 und in der Weimarer Republik übernahm diese Arbeit die „Deutsche Zentralpolizeistelle zur Bekämpfung unzüchtiger Bilder, Schriften und Inserate in Berlin“. Diese Abteilungen lasen regelmäßig alle homosexuellen Zeitungen und Bücher, werteten die Anzeigen aus und zensierten fleißig. Die Politische Polizei in der Kaiserzeit las zudem intensiv die Homosexuellenzeitschriften unter dem Blickwinkel der „Majestäts-beleidigung“ und der „Beleidigung fürstlicher Personen“, weil das „Outing“ berühmter Adelliger Mode wurde.

Die Gewerbepolizei konnte Gastwirtschaften, Kneipen und Cafés die Schankkonzession entziehen, wenn dort der „Unsittlichkeit“ Vorschub geleistet wurde. Die originäre Verfolgung der Homosexualität aufgrund § 175 StGB blieb aber in Berlin der Kriminalpolizei vorbehalten. Das Arbeitsgebiet der für Homosexualität zuständigen Inspektion B. (später B II., dann E.) lautete offiziell: „Päderastie und hiermit in Verbindung stehende Erpressung, Erregung öffentlichen Ärgernisses durch Exhibitionisten, Sachbeschädigung aus perversen Motiven und gewerbsmäßige Erpressung“.⁸

Es gibt meines Wissens keine Quellen oder Anhaltspunkte, die darauf hindeuten, daß es eine einheitliche polizeiliche Linie im Umgang mit Homosexuellen gegeben hätte. Meerscheidt-Hüllessem gehörte zu den ranghöchsten Beamten des Polizeipräsidiums, er war der Gründer des Polizeilichen Erkennungsdienstes, insofern hatte er auf die 'Homosexuellen-Politik' des Berliner Polizeipräsidiums größten Einfluß. Diese „Politik“, wenn man sie überhaupt so bezeichnen kann, bestand darin, die Homosexuellen in Ruhe zu lassen und nur dort einzugreifen, wo sie über die Stränge schlugen oder wo polizeilich vorgegangen werden mußte, weil Anzeigen vorlagen.

Meerscheidt-Hüllessem war wahrscheinlich nicht homosexuell, wie einige Quellen behaupten, und er war als Hüter der Karteikarten auch nicht der grausame Schwulenverfolger der Kaiserzeit, wie dies wiederum andere Quellen unterstellen. Im Zuge eines Bestechungsskandals nahm sich Meerscheidt-Hüllessem im Dezember 1900 das Leben. Sein Nachfolger Hans von Tresckow behielt die humane Haltung den Homosexuellen gegenüber bei.

⁸ W. Stieber/H. Schneickert, Praktisches Lehrbuch der Kriminalpolizei, Potsdam 1921, S. 31.

Hans von Tresckow wirkte als Kontaktmann zwischen WhK und Polizei fast zwanzig Jahre lang. Trotzdem beginnt sein interessantester Lebensabschnitt erst nach seiner Pensionierung im Jahre 1920, weil er sich von da an auch publizistisch und in Vorträgen für die Sache der Homosexuellen einsetzte, was wiederum ein Beweis dafür sein dürfte, daß es ihm auch vorher schon ernst war. Dennoch hält er sich während seiner Amtszeit etwas bedeckt. Das mag an den Umständen gelegen haben. Seine Amtszeit fällt in das Jahrzehnt der großen Skandalprozesse und Denunziationen wegen Homosexualität. In den meisten dieser Fälle war das Berliner Polizeipräsidium mitgefordert, Tresckow als direkter Ermittler beteiligt. Die prominentesten „Outing-Opfer“ nennt Tresckow in seinen Memoiren, bemerkt aber, daß es damals noch wesentlich mehr waren, die allerdings nicht bekannt wurden. Ob es nun Graf Fritz Hohenau oder sein Bruder Wilhelm von Hohenau, Bodo von Knesebeck oder Graf Kuno Moltke und Fürst Philipp zu Eulenburg-Hertefeld betraf, Tresckow erfuhr es als erster oder wußte es lange vor den Presse. So wußte er auch über Friedrich Alfred Krupp Bescheid, der 1902 vom sozialdemokratischen Parteiblatt *Vorwärts* geoutet wurde, denn sein Name stand in Meerscheidt-Hüllessems Kartei. Krupp beging daraufhin Selbstmord. Der Kaiser schritt hinter seinem Sarg her und erklärte, daß er an die „Unschuld“ Krupps „unerschütterlich“ glaubte. Tresckow legt in seinen Memoiren jedoch genug Beweise vor, die kaum Zweifel an Krupps Homosexualität aufkommen lassen.⁹

1920 ging Tresckow in den Ruhestand, zog mit seiner Familie nach Rinteln an der Weser und schrieb 1921 seine Memoiren, die 1922 im Fontane-Verlag in Berlin veröffentlicht und in hoher Auflage von 30.000 Exemplaren verkauft wurden.

Den Ruhestand scheint er jedoch nicht lange ausgehalten zu haben, denn er wurde noch einmal aktiv. Im Dezember 1924 besuchte er als Zuschauer den Haarmann-Prozeß in Hannover und traf hier wieder Magnus Hirschfeld, der als einer der wenigen Sexualwissenschaftler zum Prozeß zugelassen worden war. Tresckow schrieb in einem Beitrag für die Schwulenzeitung *Blätter für Menschenrecht*, daß der Haarmann-Fall den Sache der Homosexuellen sehr geschadet habe.¹⁰

Vielleicht war es der Fall Haarmann, der Tresckow noch einmal aktiv werden ließ, oder er fand Gefallen an der Weimarer Republik und den zahlreichen Reformbemühungen auf sexualwissenschaftlichem Gebiet. Mehrere Aufsätze und Interviews veröffentlichte er zwischen 1924 und 1931 in Homosexuellenzeitschriften. Er verurteilte in diesen Beiträgen die Erpressung und nahm einen deutlichen Standpunkt – deutlicher als in seinen Memoiren – gegen den § 175 ein. Mindestens einmal kam er noch

9 H. v. Tresckow, Von Fürsten und anderen Sterblichen – Erinnerungen eines Kriminalkommissars, Berlin 1922, S. 126 ff.

10 *Blätter für Menschenrecht* Nr. 1, 1/1925.

nach Berlin, um am Institut für Sexualwissenschaft einen Vortrag über die Erpressung auf sexueller Grundlage zu halten, der in der Institutsreihe *Sexus*¹¹ abgedruckt wurde. Auf Einladung des Bundes für Menschenrecht (BfM) hielt er 1924 auch einen Aufklärungsvortrag in Hamburg.¹² In einem Aufsatz für *Blätter für Menschenrecht*, der Zeitschrift des BfM, schrieb er 1926:

„(...) in späteren Zeiten werden wir uns vielleicht ebenso darüber wundern, daß man Homosexuelle mit Strafen verfolgt hat, wie wir uns heute darüber wundern und entrüsten, daß man im Mittelalter Hexenprozesse angestrengt hat.“¹³

Während Hirschfeld 1930 schrieb, daß ihn mit Tresckow „jahrzehntelange freundschaftliche Beziehungen verbinden“,¹⁴ bezeichnete Tresckow Hirschfeld „als alten Freund und Gönner“.¹⁵ Fast schon entschuldigend schrieb Tresckow 1922 an Hirschfeld:

„Daß bei der Beurteilung der Homosexuellen ich einen weniger günstigen Standpunkt einnehme, wie Sie, beruht wohl auf dem Umstand, daß Sie als Arzt mehr wertvolle Persönlichkeiten kennengelernt haben wie ich als Polizeibeamter. In meiner Stellung war es natürlich, daß ich auf viele minderwertige Erscheinungen stoßen mußte.“¹⁶

Tresckow starb am 3. April 1934 in Rinteln.

Ein Mann zwischen den Stühlen war Heinrich Kopp. Warum er als Doktor der Philosophie und gelernter Buchhändler 1904 zur Berliner Polizei kam, ist unbekannt. Er wurde sofort Tresckows rechte Hand, stand aber bis 1920 in dessen Schatten. Kopp trat unmißverständlich aktiv gegen den § 175 ein. Er unterzeichnete die Petition des WhK zur Abschaffung des Paragraphen mit den folgenden Worten:

„Den § 175 schätzen nur diejenigen, die ihn in seiner praktischen Wirkung nicht kennen. Ich kann aus einer beinahe zwanzigjährigen kriminalspezialistischen Tätigkeit auf dem Sexualgebiet nur sagen, daß die Strafbestimmung an Unverstand nicht ihresgleichen hat. Selbst wenn es richtig wäre, daß die Homosexualität ein Laster sei, das mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden müsse, so kann das nimmermehr mit dem § 175 geschehen. Wenn sich von ihm nur sagen ließe, daß er zu Erpressungen mißbraucht wird, so wäre das noch kein Grund zu seiner Aufhebung, denn das hat er mit anderen Strafbestimmungen gemein, die deshalb doch nicht aufgehoben werden können. Was

11 M. Hirschfeld (Hg.), *Sexus* Bd. IV, Zur Reform des Sexualstrafrechts, Bern/Leipzig 1926.

12 *Blätter für Menschenrecht* Jg. 1929, Nr. 10.

13 H. v. Tresckow, *Sittlichkeit und Strafgesetz*, in: *Blätter für Menschenrecht* Nov./Dez. 1926.

14 M. Hirschfeld, *Geschlechtskunde*, Bd. III, Stuttgart 1930, S. 428.

15 Ders. (Hrsg.), *Sexus* Bd. IV (Anm. 11), S. 12.

16 Ders., *Von einst bis jetzt*, Berlin 1986, S. 144.

den Paragraphen von allen anderen unterscheidet, ist vielmehr das, daß er *nur* (Hervorhebung J. D.) für die Erpresser Wert hat.“¹⁷

Kopp hielt auch mehrere Vorträge vor unterschiedlichem Publikum. Am 15. März 1909 sprach er vor höheren Polizeibeamten aus verschiedenen Teilen Deutschlands, die zur Fortbildung in Berlin waren, über das gewerbsmäßige Erpressertum, der in der *Berliner Volks-Zeitung* ausführlich besprochen wurde. Einen weiteren Aufklärungsvortrag hielt er am 19. Juli 1911 vor der Juristischen Abteilung der Berliner freien Studentenschaft. Weitere Vorträge folgten im Reichstag, vor dem WhK und im Institut für Sexualwissenschaft, das 1919 von Hirschfeld gegründet worden war. 1922 wird Kopp Ehrenmitglied des WhK.

Wie sein Vorgänger Tresckow schrieb auch er Artikel über Homosexualität in homosexuellen, aber auch in polizeilichen und juristischen Zeitschriften. In der *Deutschen Strafrechts-Zeitung* verwahrte er sich in einem Artikel dagegen, daß der § 175 vor allem zum Schutze der Jugendlichen beibehalten werden müsse. Er betonte, daß der Paragraph in dieser Form die Jugendlichen nicht schütze.¹⁸

Kopps Einfluß, in der Frage des polizeilichen Umganges mit der Homosexualität, war sicher nicht weniger bedeutsam als der von Meerscheidt-Hüllessem und Tresckow. 1922/24¹⁹ ging Kopp jedoch ins preußische Innenministerium und war hier wohl für die polizeilichen Belange zuständig. Inwiefern er hier seinen Einfluß auf die Homosexuellenpolitik geltend machen konnte, kann aus Quellen nicht erschlossen werden, es ist aber sehr wahrscheinlich, wie ich später aufzeigen werde. 1929 wurde Kopp zum Oberregierungsrat befördert und zum stellvertretenden Leiter der Kriminalpolizei ernannt. In jenem Jahr im Oktober beschloß der Strafrechtsausschuß des Reichstages eine Reform des Paragraphen 175, die wegen der politischen Wirren – so wissen wir heute – nicht mehr in die Praxis umgesetzt werden konnte. Gerade diese vier Jahre bis zum Nationalsozialismus bedürfen in bezug auf staatliches Handeln noch intensiver Forschungen. Nach der Machtübernahme Hitlers war jedoch alle Hoffnung vorbei, auch für Kopp. Er wurde als „republikfremd“ eingestuft und sofort aus dem Polizeidienst entlassen.²⁰ Er starb am 20. März 1941.

Über die Weimarer Zeit wird auch von der schwulen Geschichtsschreibung ein sich widersprechendes Bild gezeichnet: Einerseits stehen die „Goldenen Zwanziger“ für Liberalität und Ausgelassenheit; es soll Hunderte Homosexuellen-Lokale allein in Berlin gegeben haben. Andererseits

¹⁷ Ebenda, S. 29.

¹⁸ H. Kopp, Über den Schutz der Jugendlichen vor homosexueller Verführung, in: *Deutsche Strafrechts-Zeitung* Nr. 7-8/1917.

¹⁹ Trotz verschiedener Quellen läßt sich nicht sicher feststellen, in welchem Jahr es war.
²⁰ H.-H. Liang, *Die Berliner Polizei in der Weimarer Republik*, Berlin/New York 1977.

sind ständige Razzien, Verfolgung, Zensur und die Anzeichen des sich anbahnenden „Dritten Reiches“ dokumentiert.

Kriminalkommissar Ernst Engelbrecht war zwischen 1921 und 1923 als Leiter der Streifenmannschaft in Berlin für die Durchführung der Razzien zuständig. In einem seiner Bücher beschreibt er die polizeiliche Vorgehensweise.²¹ Die Razzien wurden systematisch geplant und streng geheimgehalten. Sie wurden in der Regel um 12 Uhr nachts mit mehreren Hundertschaften auf LKW durchgeführt. Zunächst schritten zivile Kriminalpatrouillen die besprochenen Straßen ab und gingen in Position. Auf ein Signal hin wurden die Straßen dann abgesperrt und einige Minuten später trafen die uniformierten Streifenmannschaften ein. Meist wurde eine Hauptstraße und mehrere Nebenstraßen auf einmal gesperrt. Alle auf der Straße befindlichen Personen wurden nun kurz durchsucht, auf die Lastwagen verladen und ins Polizeipräsidium Alexanderplatz transportiert. Dort fand die Personalienfeststellung statt, die Frauen wurden sittenpolizeilich überprüft. Engelbrecht lobt sich selbst:

„Meistens hatten diese Razzien guten Erfolg, es gab Tage, an denen einige tausend Personen sistiert und weit über hundert von der Polizei als gesucht oder aber nicht genügend legitimiert zurückbehalten wurden.“²²

Unbescholtene hätten diese Tortur meist mit Humor gesehen, behauptet Engelbrecht. Der homosexuelle Romanautor John Henry Mackay beschreibt diese Razzien aus seiner Sicht:

„Die Passage [in der Friedrichstraße, Anm. J. D.] hatte seit einiger Zeit ein ganz anderes Aussehen bekommen, äußerlich und innerlich. In ihrer ganzen Länge an eine große Handelsgesellschaft verkauft, war sie zunächst gesäubert worden. Mit eisernen Besen war ausgekehrt: die zweifelhaften Damen der Friedrichstraße und ihre Zuhälter, die Nutten und die Jungens waren so lange verfolgt worden, bis sie es aufgaben und sich andere Stätten ihrer Wirksamkeit suchten. Tag für Tag, vom frühen Morgen bis zum späten Abend, patrouillierten die Kriminalbeamten die Halle entlang und nahmen jeden Jungen, den sie mehr als einmal durchgehen sahen, ohne Weiteres mit. Razzien wurden Abends und in der Nacht abgehalten, bei denen die Linden und die Friedrichstraße (...) in einem bestimmten Umkreise abgesperrt wurden. Alles, was sich in ihm nicht vom Fleck weg legitimieren konnte, wurde auf Lastwagen verladen und unter Geschrei und Gejohl nach dem Polizeipräsidium befördert. Es waren die reinen Treibjagden.“²³

War also die Polizei doch gnadenlos repressiv? Engelbrecht berichtet von zunehmender Kritik an den Razzien in der Presse, natürlich von den zwielichtigen Gestalten und Kaschemmenbetreibern geschürt, so seine Mutma-

21 E. Engelbrecht, 15 Jahre Kriminalkommissar, Berlin o. D., S. 68ff.

22 Ebenda, S. 70.

23 J. H. Mackay, Der Puppenjunge – Die Geschichte einer namenlosen Liebe aus der Friedrichstraße, Berlin 1979 (Original 1926), S. 262f.

Bung, derentwegen 1923 die Streifenmannschaft aufgelöst wurde und Engelbrecht versetzt und – wie er es richtig sah – „kaltgestellt“ wurde.²⁴ Razzien in dieser Form fanden nicht mehr statt.

Öffentliche Meinung konnte also etwas bewirken. Ein anderes Beispiel: Ende 1924 erklärte der für Homosexuelle zuständige Polizeikommissar Haas in Düsseldorf, daß solange der § 175 bestünde, er dort keine Untergruppierung des Bundes für Menschenrecht dulden wolle. Der Bund für Menschenrecht (BfM) war neben dem WhK die zweite große Homosexuellenorganisation in dieser Zeit. Im Dezember 1924 setzte sich der BfM mit Haas persönlich zusammen, was anscheinend nicht fruchtete, so daß man sich im Mai 1925 direkt im preußischen Innenministerium beschwerte. Am 2. Juni 1925 wurde der BfM im Innenministerium von Oberregierungsrat Dr. Schoener und zwei weiteren Regierungsräten empfangen. Ob einer von ihnen Heinrich Kopp war, ist nicht bekannt, aber es ist sehr wahrscheinlich, daß er hier und bei solchen Gelegenheiten seine humane Homosexuellenpolitik fortsetzte. Ähnliche Beschwerden des BfM richteten sich in Berlin gegen Polizeivizepräsident Friedensburg und in Hamburg gegen den Vorstand der dortigen Polizeibehörde. Sowohl am 18. Juni 1925 als auch am 16. September 1926 wurden Vertreter des BfM im Innenministerium empfangen, bei letzterem Termin sogar durch Innenminister Severing persönlich.²⁵ Zumindest was Düsseldorf anbelangte, hatte der BfM recht bekommen, konnte dort fortan öffentlich tagen, und sogar Homosexuellenzeitschriften konnten jetzt öffentlich verkauft werden.²⁶

Auch bei Gewaltdelikten gegen Homosexuelle konnte die Polizei damals offenbar zwischen Täter und Opfer unterscheiden. Das *Kölner Tageblatt* berichtete:

„Die Raubüberfälle und Erpressungen wurden von Banden, zu denen drei bis vier junge Burschen gehörten, ausgeführt. Einer sprach ein Opfer an, von dem sie durch sein Benehmen wußten, daß er mit einem von ihnen liebäugelte. Während der Unterhaltung kamen drei oder vier andere Burschen hinzu, stellten den Mann wegen Belästigung ihres Freundes zur Rede und wurden kurzerhand tätlich. Sie schlugen ihn nieder, raubten ihm das Bargeld, Uhr und Wertsachen und ließen ihn dann liegen. Eine große Anzahl dieser Fälle sind der Polizei gemeldet worden, aber es ist sicher, daß viele Überfallene aus Scham keine Meldung erstattet haben, so daß die Zahl der Überfälle und Beraubungen sicher weit größer ist.“²⁷

24 E. Engelbrecht (Anm. 21), S. 154f.

25 Blätter für Menschenrecht, Jg. 1929, Nr. 10, S. 9ff.

26 Das Freundschaftsblatt, 3. Jg. 1925, zitiert nach: F. Sparing, „...wegen Vergehen nach § 175 verhaftet“ – Die Verfolgung der Düsseldorfer Homosexuellen während des Nationalsozialismus, Düsseldorf 1997, S. 19f.

27 Zitiert nach: Das Freundschaftsblatt vom 14. 5. 1931.

Die Polizei veranstaltete deswegen im besagten Cruising-Gebiet²⁸ eine Razzia, konnte die Täter auch festnehmen, stand aber vor dem auch heute noch allseits bekannten Phänomen:

„Sämtliche Verhafteten sind arbeitslose Burschen, die der Polizei schon lange bekannt sind, es konnte aber bisher nicht gegen sie eingeschritten werden, da keine Anzeigen gegen sie vorlagen.“²⁹

Köln war kein Einzelfall. Die Pressestelle der Essener Polizei teilte in bezug auf eine Erpresserbande mit:

„Aus Angst evtl. Unannehmlichkeiten ausgesetzt zu werden, haben die Erpreßten es unterlassen, Anzeigen zu erstatten. Nur einige Fälle gelangten zur Anzeige. Die Ermittlung der Täter war zunächst schwierig, weil deren Namen nicht bekannt waren, die Erpreßten sich nicht meldeten und beide Teile auch strengste Verschwiegenheit wahrten.“³⁰

Diese Pressemitteilung erschien im Februar 1931 in mehreren Essener Tageszeitungen. Die Polizei rief auf: „Sämtliche Mitteilungen werden vertraulich behandelt“.³¹ Der BfM lobte derartige Initiativen und wies in seinen Zeitungen besonders darauf hin. Der BfM forderte für Polizeibeamte Aus- und Fortbildung in Sachen Homosexualität. Wenn auch nur vereinzelt, wurde sie jedoch durchgeführt. Höhere Polizeianwärter der Polizeischule Eiche bei Potsdam besuchten (vermutlich) regelmäßig das Institut für Sexualwissenschaft, hörten Vorträge und erhielten Führungen durch die Sammlungen des Institutes.³²

Zum 30jährigen Jubiläum des WhK, 1927, schrieb Hirschfeld in der Festschrift:

„Bei allen Aktionen des Komitees, besonders in Einzelfällen, war die Stellungnahme der Berliner Kriminalpolizei von größter Wichtigkeit und da seien drei Namen in Dankbarkeit zu nennen: von Meerscheidt-Hüllessem, von Tresckow und Dr. Kopp. Seit unserer sogenannten Revolution haben sich diese Beziehungen leider eher verschlechtert, als verbessert.“³³

28 Es handelt sich hierbei natürlich um einen modernen Ausdruck. 'Homosexuellen-Treffpunkt zum Zwecke sexueller Anbahnung' wäre korrekter, aber es wäre eine Beschreibung von *außen*, die das *Innen* nicht berücksichtigt.

29 Ebenda.

30 Zitiert nach: Das Freundschaftsblatt vom 12. 2. 1931.

31 Ebenda.

32 Dies geht aus Briefen der „Sammlung Katter“ in der Magnus Hirschfeld-Gesellschaft, Berlin, hervor. Zwei Termine können daraus nachgewiesen werden. Aus dem Inhalt kann man jedoch schließen, daß die Klassen der Polizeischule regelmäßig kamen. Die Augenzeugin Ellen Baekgaard berichtet, daß sie Hirschfeld bei einem Vortrag im Institut über Transvestiten „vor einer großen Versammlung Berliner Straßenpolizisten“ gehört habe. (Mitteilungen der Magnus-Hirschfeld-Gesellschaft Nr. 5, 3/1985, S. 33.)

33 Bundesarchiv, Akte R 8077/1, „30 jähriges Jubiläum WhK 15.3.1927“.

Damit konnte in persona nur einer gemeint sein: Kopps Nachfolger, Kriminalkommissar Bernhard Strewe. Er war der typische Übergangsbeamte³⁴ der Weimarer Republik in den Nationalsozialismus. Zwischen 1922 und 1926³⁵ übernahm Bernhard Strewe die Leitung des Homosexuellendezernats im Berliner Polizeipräsidium. Am Anfang, scheint Strewe noch den Schein bewahrt zu haben. 1926 veröffentlichte er den Aufsatz „Jugendverführer“ in der Zeitschrift *Blätter für Menschenrecht*. Er fordert darin, daß die Homosexuellen einen schärferen Trennungsstrich „zwischen sich und den Kinderschändern ziehen [sollen], dann würde ihr Kampf gegen den § 175 aussichtsreicher sein“.³⁶ Dies war zwar eine konservative Argumentationslinie, aber sie war durchaus noch im Rahmen dessen, was der Bund für Menschenrecht vertrat. 1929 legte Strewe jedoch an Schärfe zu. In einem Vortrag vor dem katholischen Akademikerverband über Psychopathien, worunter Strewe die „Haltlosen, die Leichtfertigen, die Leichtverführbaren, die Leidenschaftlichen“ usw. zählte, wird er direkt. Er diffamiert Hirschfelds Film „Anders als die Anderen“ als „Kitschfilm“ und als „sogenannten Aufklärungsfilm“ (Kopp hatte sich noch gegen das Verbot dieses Films im Reichstag eingesetzt). Interessant ist jedoch, daß er sich an einigen Stellen seines Vortrages sehr geschickt indirekt für eine Verschärfung des bestehenden § 175 stark macht.³⁷ Dies wurde aber durchaus bemerkt. Polizeivizepräsident Bernhard Weiß schlägt ihm in Form einer Besprechung des Tagungsbandes auf die Finger:

„Entsprechend der religiösen Grundauffassung des Kreises, in dem die Vorträge gehalten wurden, weisen die Darlegungen eine bestimmte Tendenz auf, die wohl im Widerspruch zu der Rechtsauffassung der Mehrheit unseres Volkes steht. So fordert Strewe nicht nur die Aufrechterhaltung, sondern die Ausgestaltung des § 175 unserer Strafprozeßordnung, während der Rechtsausschuß des Reichstages sich bekanntlich jüngst für die Abschaffung dieses Paragraphen ausgesprochen hat.“³⁸

Nach der Machtübernahme 1933 muß Bernhard Weiß abtreten, Strewe aber wird am 1. April 1933 zum Kriminalrat befördert. Genau einen Monat

34 Wagner beschreibt in seinem äußerst informativen Werk einige sich ähnelnde typische Karrieren von Beamten in der Berliner Kriminalpolizei, die im Nationalsozialismus zur Führung der Polizei aufstiegen: P. Wagner, Volksgemeinschaft ohne Verbrecher – Konzeptionen und Praxis der Kriminalpolizei in der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus, Hamburg 1996, S. 180 ff.

35 In den verschiedenen Quellen, die ich auswerten konnte, klafft eine Lücke über die Leitung des Homosexuellendezernates von 1922 bis 1926.

36 *Blätter für Menschenrecht*, Nov./Dez. 1926.

37 B. Strewe, Die Großstadt und ihre sittlichen Gefahren in ihrer Bedeutung für die Entwicklung von Psychopathien, in: Religion und Seelenleiden, Vorträge der IV. Sondertagung des katholischen Akademikerverbandes, Hg. Wilhelm Bergmann, Augsburg 1929, S. 182ff.

38 Kriminalistische Monatshefte, 3. Jg. 1929, S. 263.

später tritt er in die NSDAP ein,³⁹ 1934/35 steht er noch in Kontakt mit Rudolf Klare, der für seine Promotion „Nationalsozialismus und Homosexualität“ (1937 erschienen) recherchiert,⁴⁰ 1935/36 wird er versetzt.

Die Äußerung von Polizeivizepräsident Weiß in bezug auf die Empfehlung des Strafrechtsausschusses von 1929 ist jedoch von Bedeutung. Für die Polizeiführung war es damit nur ein Frage der Zeit, wann es zur Straflosigkeit der Homosexualität unter erwachsenen Männern kommen sollte. 1926 kommt es mit 1226 Verurteilungen nach § 175 (nur Homosexualität, nicht Sodomie) zum vorläufigen Höhepunkt, um in den nachfolgenden Jahren beständig abzunehmen. 1931 wird ein Tiefstand von 618 Verurteilungen erreicht, was noch immer dem Niveau vor 1924 entspricht. Erst 1933 steigen die Zahlen langsam wieder an. Es wäre von Interesse, neben der Verurteilten-Statistik auch die polizeiliche Ermittlungsstatistik zu analysieren, um die Auswirkung der Entscheidung von 1929 noch genauer aufzeigen zu können. Meines Wissens sind diese Daten damals jedoch nicht landesweit erhoben worden. Insofern waren Stewes Äußerungen reaktionär, während Weiß auf dem Stand seiner Zeit argumentierte.

Hirschfelds Bilanz schloß also Stewe nicht mit ein:

„Auf das dauernd gute Einvernehmen zwischen unserem Wissenschaftlich-humanitären Komitee und dem Berliner Polizeipräsidium, das in fünfundzwanzig Jahren, trotz siebenmaligen Wechsels seiner Oberhäupten von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken, niemals auch nur die geringste Trübung erfuhr, hat die Personalunion zwischen Homosexuellen- und Erpresserdezernat jedenfalls den denkbar besten Einfluß gehabt. Der Kampf, den wir für die Homosexuellen und die Polizei gegen das Erpressertum führten, wurde für beide Teile dadurch in ersprießlicher Weise gefördert.“⁴¹

Meerscheidt-Hüllessem, Tresckow und Kopp waren nicht die einzigen Beamten, die mit der Homosexuellenbewegung zusammenarbeiteten. Auch der Kriminalkommissar Gotthold Lehnert stand in engem Kontakt mit Hirschfeld und beteiligte sich vor allem mit sehr fundierten und objektiven Aufsätzen in den Schriften der verschiedenen Sexualreformbewegungen. Es gab lockere Kontakte zu dem Kriminologen Erich Wulffen, und auch der spätere Leiter des Erkennungsdienstes Hans Schneikert (der auch heute noch zu den „großen“ Kriminalisten gezählt wird) war eng in die Sexualreformbewegung eingebunden. Diese Kontakte waren nicht etwa eine „Berliner Blüte“, auch der Leiter des Hamburger Homosexuellendezernates Rudolf Förster hielt engen Kontakt mit der Hamburger Homosexuellenbewegung und trat öffentlich auf. Sein 1932 veröffentlichtes Buch: „Über Sexualdelikte und sexuelle Triebrichtungen“ wurde tragischerweise

39 Bundesarchiv, NSDAP-Mitgliederkartei (ehem. BDC-Akten).

40 Landesarchiv Berlin, Rep 30, Acc. 3981, Nr. 1094, „Weibliche Kriminalpolizei“, darin: Briefwechsel Wiek/Klare.

41 M. Hirschfeld, Von einst bis jetzt (Anm. 7), S. 26.

als eines der letzten in der Homosexuellenzeitschrift *Das Freundschaftsblatt* am 23. Februar 1933 wohlwollend besprochen. Im März 1933 wurde *Das Freundschaftsblatt* verboten.

Zum Schluß soll noch ein recht zweifelhafter Zeuge das Wort erhalten. Rudolf Diels, der „erste Chef der Gestapo“, berichtete, daß es Überlegungen gab, den SA-Chef Röhm wegen seiner Homosexualität auf juristischem Weg zu entmachten. Nach der Auswertung der entsprechenden Akten aus der Zeit der Weimarer Republik kommt er – ohne wirklich greifbare Resultate –, zu dem Schluß:

„Die Fairneß der Severingpolizei war in diesen Fällen von der alten Linie der Straftaktik nicht abgegangen, weniger die Päderastie, als die in ihrem Gefolge auftauchenden Erpressungen zu verfolgen.“⁴²

Es ist nun recht müßig zu fragen, was passiert wäre, wäre Hitler nicht an die Macht gekommen. Seine „Machtergreifung“ hatte zur Folge, daß erst ab Ende der achtziger Jahre die Polizei wieder dazu übergeht, mehr die in ihrem Umfeld auftauchenden Erpressungen und Gewalttaten als etwa die Homosexuellen selbst zu verfolgen, daß es zu einer echten Kooperation zwischen dem Staat und der Schwulenbewegung auf allen Ebenen in den neunziger Jahren kommt, daß eine Bürgerrechtsbewegung entsteht, die fest verankerte Rechte für Schwule fordert, bis hin zu einer staatlich anerkannten Ehe (eine Forderung, die allerdings auch schon in der Weimarer Zeit diskutiert wurde). Das sagt etwas aus über die katastrophalen Wirkungen des Nationalsozialismus über 1945 hinaus, und auch etwas über die nur scheinbare Sicherheit, in der wir heute leben.

42 R. Diels, *Lucifer ante portas*, Stuttgart 1950, S. 384.